

KLARE KANTE statt HOHLER PHRASEN

8. Mai 1945 – Deutschland muss bedingungslos vor den Streitkräften der USA, Großbritanniens und der Roten Armee kapitulieren. Damit fand der nationalsozialistische Terror, insbesondere die Deportation und Vernichtung von Jüdinnen und Juden, von Sinti und Roma sowie die Besetzung und Ausplünderung weiter Teile Europas durch Wehrmacht und SS endlich ein Ende. Für die meisten Deutschen – tief verstrickt in die NS-Verbrechen – zunächst ein Tag der Niederlage oder des „Zusammenbruchs“, für alle Nazi-GegnerInnen und für Millionen Menschen in Europa und der ganzen Welt jedoch der Tag der Befreiung.

8. Mai 2005 – die Neonazis der NPD wollen unter dem Motto „60 Jahre Befreiungslüge – Schluss mit dem Schuldskult“ durch Berlin marschieren. Das wird von vielen Menschen als Provokation begriffen und sie gehen auf die Straße, um den Nazis entgegen zu treten. Gut so!

Doch was ein kraftvolles und engagiertes Auftreten gegen den Neofaschismus hätte werden sollen, ist zu einer selbstgefälligen staatlichen Inszenierung geworden, für die die mobilisierten Menschen nur noch die Staffage bilden sollen. Im Zentrum stehen das nationale Symbol „Brandenburger Tor“ und eine über Videoleinwände aus dem Bundestag übertragene Rede von Deutschlands oberstem Neoliberalen Horst Köhler.

Heute wird viel von „historischer Verantwortung“ zu hören sein. Es wird würdig klingende Worte für die Opfer des Faschismus geben, wobei mehr oder weniger offen versucht werden wird, auch für die Deutschen einen Opferstatus zu reklamieren. Es wird blumige Bekenntnisse zu Toleranz und Weltoffenheit geben. Und markige Worte der Abgrenzung gegen die NPD-Nazis. Alles hohle Phrasen ...

Praktische Konsequenzen hat diese Form von Staats-Antifaschismus nicht. Es wird nicht ernsthaft über die Ursachen und Entstehungsbedingungen des Faschismus gesprochen. Weder historisch – was eine „Kapitalismuskritik“ ganz anderer Art erfordern würde – noch aktuell auf den Neofaschismus bezogen, was z.B. eine Auseinandersetzung mit der staatlichen Ausgrenzungs- und Abschiebepolitik gegen EinwanderInnen und Flüchtlinge beinhalten müsste.

Wir wollen dagegen einstehen für die Lehren und Vermächtnisse des 8. Mai 1945, die mit den offiziellen Sprechblasen unsichtbar gemacht werden sollen. Gegen die neue deutsche Großmachtspolitik, gegen staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus, für die sofortige und bedingungslose Entschädigung aller ZwangsarbeiterInnen und für die Zerschlagung aller Naziorganisationen: Klare Kante!

Antifaschistische Kundgebung oder staatsoffizielle Inszenierung?

Die Inszenierung des heutigen Regierungsspektakels soll die peinlichen Bilder eines Naziaufmarschs am Brandenburger Tor vermeiden – hauptsächlich aus Sorge um das „deutsche Ansehen im Ausland“. Deshalb soll das nationale Symbol des Brandenburger Tores gegen die Nazis „verteidigt“ werden. Dass die NPD ein paar hundert Meter weiter mit ihren NS-verherrlichenden Parolen marschiert, wird ignoriert und damit akzeptiert. Mehr noch: Die offizielle Kundgebung hat auch die Funktion, Menschen auf rein symbolisches Handeln festzulegen und sie so davon abzuhalten, sich den Nazis tatsächlich in den Weg zu stellen.

Deshalb hat der Berliner Senat die ursprünglichen VeranstalterInnen dieser Kundgebung, das Bündnis „Europa ohne Rassismus“, beiseite gedrängt. In diesem schon sehr breiten Bündnis waren neben Parteien und Gewerkschaften sowie Organisationen der „Zivilgesellschaft“ im-

merhin auch Basisinitiativen und antifaschistische Gruppen vertreten.

Im Aufruf von „Europa ohne Rassismus“ hieß es noch: „Besetzen wir den öffentlichen Raum und zeigen, dass in Berlin kein Platz für Nazis ist.“ Die neue Marschrichtung gibt jetzt Bundestagspräsident Wolfgang Thierse vor, der in seinem Aufruf zum 8. Mai ganz unverblümt feststellt: „Der Tag für Demokratie ... ist keine Demonstration gegen die NPD.“

Auch inhaltlich ist aus einer ursprünglich breit getragenen, antifaschistischen Kundgebung eine standort-nationalistische Inszenierung gemacht worden, bei der nun auch CDU/CSU und die Arbeitgeberverbände problemlos mitmachen können.

Die neue deutsche Gedenkpolitik

Im ursprünglichen Aufruf von „Europa ohne Rassismus“ hieß es noch unmissverständlich: „Die Alliierten Streitkräfte haben es am 8. Mai 1945 unter millionenfachen Opfern geschafft, die

Deutschen und Europa von 12 Jahren nationalsozialistischer Diktatur zu befreien, einem menschenverachtenden Regime, von dem ein verbrecherischer Angriffskrieg und Terror ausging ... Den Alliierten Streitkräften gilt an diesem Tag unser Dank sowie all jenen, die aktiv gegen das nationalsozialistische Terrorregime Widerstand geleistet haben. Wer dies in Frage stellt, versucht Geschichte und die Verantwortung von Deutschen zu relativieren.“

Auf den ersten Blick ähnlich, doch mit ganz anderem Zungenschlag der Text des Berliner Senats: „Gedenken wir am 8. Mai gemeinsam aller Opfer und begehen wir diesen Tag gemeinsam mit denen, die Widerstand gegen das Naziregime geleistet haben, und denen, die uns als Alliierte von der NS-Diktatur befreit haben. Der 8. Mai 1945 war der Ausgangspunkt dafür, aus alten Gegnern Partner und schließlich Freunde zu machen. Freiheit und Demokratie verbinden uns heute. Auch diese historische Versöhnung wollen wir gemeinsam würdigen.“

Hier ist nur noch allgemein von „Opfern“ die Rede, womit unausgesprochen der Opferstatus auch für die deutschen Täter und Täterinnen reklamiert wird. Ziel dieser Verwischung von Schuld und Verantwortung ist die „Versöhnung“, letztlich die Versöhnung der Deutschen mit sich selbst. Die Verbrechen des deutschen Faschismus werden zwar offensiv anerkannt, aber aus dieser (folgenlosen) Anerkennung wird dann der Anspruch auf Versöhnung abgeleitet. Die NS-Verfolgten und die Alliierten werden für diesen rhetorischen Trick frech funktionalisiert.

Wie viel Selbstgefälligkeit in dieser neuen deutschen Gedenkpolitik steckt, macht auch folgendes Zitat aus dem offiziellen Aufruf deutlich: „Für Millionen von Menschen war der 8. Mai ein Tag der Hoffnung und der Zuversicht. Ihre Hoffnung ist aufgegangen in einem zusammenwachsenden, friedlichen Europa und einem demokratischen, vereinigten Deutschland.“ Das wiedervereinigte Deutschland, auf dessen Straßen wieder die Nazis marschieren und dessen Armee wieder im weltweiten Einsatz ist, reklamiert für sich, die Erfüllung der Hoffnungen der Menschen zu sein, die am 8. Mai 1945 vom deutschen Faschismus befreit wurden – wie verlogen und anmaßend ...

Naziaufmarsch verhindern – statt Verteidigung nationaler Symbole

In die Abteilung „hohle Phrasen“ gehört auch diese Stelle aus dem Aufruf von Bundestagspräsident Thierse: „Wenn etwas nicht klappt, ruft man in Deutschland immer noch nach der nächsten Behörde – im Falle der NPD nach den Gerichten, dem Innenminister, dem Stadtsenat und nach der Polizei. Dann geht man wieder zurück ins Wohnzimmer und betrachtet sich das Wirken der zuständigen Stellen durch die Gardine.“ Was auf den ersten Blick ein löblicher Aufruf zu eigenverantwortlichem Handeln zu sein scheint, ist doch nur ein Rechtfertigungsversuch für die Tatenlosigkeit des Staates und seiner Organe gegenüber dem Neofaschismus. Es sind Gerichte, die immer wieder Naziaufmärsche absegnen. Es sind die Innenminister, die ab und zu Alibi-Verbote gegen einzelne Nazivereine erlassen,

Naziaufmarsch stoppen ! Auf zum Alexanderplatz !
Infotelefon: 030 - 2756 0756 <http://8-mai.antifaschistische-aktion.com>

aber das braune Netzwerk insgesamt ungestört lassen.

In der Tat: Wir sollten nicht nach der nächsten Behörde rufen, denn die Hoffnung, dass von dort etwas gegen den Neofaschismus unternommen wird, ist gleich null. Alle, die mit uns der Auffassung sind, dass Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen ist und dass es nicht um (falsche) Symbolik, sondern um die praktische Verhinderung des Naziaufmarsches gehen muss, sollten nicht beim Brandenburger Tor bleiben, sondern sich dorthin bewegen, wo die Nazis tatsächlich marschieren wollen. Es werden heute tausende von Menschen versuchen, eine Blockade zu bilden, die die NPD-Demo am Loslaufen hindert.

Es besteht dabei das Risiko, dass die von Thierse in Schutz genommene Polizei wie so oft versucht, den Nazis gewaltsam den Weg zu bahnen. Je mehr Menschen sich allerdings an den Blockaden beteiligen, desto eher wird dieser Versuch scheitern und der Naziaufmarsch abgebrochen werden müssen.

Bleiberecht für alle – gegen staatlichen Rassismus

Während PolitikerInnen Sonntagsreden gegen Rassismus und für Toleranz halten, spricht die staatliche Politik gegen Flüchtlinge und EinwanderInnen eine ganz andere Sprache. Die Außengrenzen von Schengen-Europa werden gegen Flüchtlinge verteidigt, als gelte es eine militärische Bedrohung abzuwehren. Schon den Versuch, in die abgeschottete "Festung Europa" zu gelangen, bezahlen so jedes Jahr Hunderte Menschen mit dem Leben. Hier angekommen werden Flüchtlinge pauschal unter Betrugsverdacht gestellt, mit Leistungen noch unter dem Sozialhilfesatz abgespeist, unterliegen einem faktischen Arbeitsverbot und sind einem Asylverfahren ausgeliefert, das ihnen kaum eine Chance lässt, als asylberechtigt anerkannt zu werden. Regelmäßig wird auch in solche Staaten abgeschoben, in denen Flüchtlingen bei ihrer Heimkehr Folter, Gefängnis oder gar den Tod befürchten müssen. Inzwischen haben die Perfektionierung der Grenzsicherung und die rigide Verschärfung der Asylgesetzgebung zu einem starken Rückgang der Zahl der Asylanträge geführt. Demgegenüber steht aber eine steigende Zahl von illegalisierten EinwanderInnen, deren genaue Höhe nur geschätzt werden kann. Europaweit leben inzwischen Millionen von Menschen ohne Aufenthaltsstatus, ohne jede rechtliche und soziale Absicherung und ohne Zugang zu medizinischer Versorgung. Durch die ständige Drohung mit Denunziation und Abschiebung sind sie erpressbar und werden oft in extremer Billigarbeit ausgebeutet.

Auch die MigrantInnen mit mehr oder weniger sicherem Aufenthaltsstatus werden als Projektionsfläche für Kriminalitätsängste missbraucht und durch die aktuelle Integrations- und Kopftuchdebatte unter einen immer stärkeren Anpassungsdruck gestellt.

Die Form der gesellschaftlichen und staatlichen Ausgrenzung von Nicht-Deutschen geht der Gewalt der Nazis voraus, ermuntert und fördert sie. Jeder konsequente Standpunkt gegen den Neofaschismus muss gleichzeitig gegen staatlichen Rassismus Position beziehen und sich für gleiche Rechte und sicheren Aufenthalt für alle

Menschen, die in Deutschland leben, einsetzen. In den heutigen offiziellen Gedenkreden wird dieser Zusammenhang nicht thematisiert werden. Im Gegenteil: Auch die demonstrative, aber folgenlose Abgrenzung von „Unfreiheit, Intoleranz, Rassismus, Fremdenhass und Antisemitismus“ ist eine hohle Phrase. Durch die Abgrenzung von den Neonazis, soll ein positives Selbstbild des neuen Deutschlands konstruiert werden, ohne an der rassistischen Realität irgendetwas ändern zu müssen.

Bundeswehr abschaffen – gegen weltweite Militäreinsätze

Bei der propagandistischen Durchsetzung des Umbaus der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee zeigt sich besonders deutlich, wie mit dem Begriff der „historischen Verantwortung“ operiert wird, um die neuen deutschen Großmachtambitionen zu legitimieren.

Der ehemalige CDU-Verteidigungsminister Volker Rühle erklärte noch, die Bundeswehr niemals dort einsetzen zu wollen, wo „die Wehrmacht ihre Stiefel hingewetzt hatte“. Erst unter rot-grüner Regierung wurde diese geschichtliche Lehre in ihr Gegenteil verkehrt: Gerade wegen der „besonderen historischen Verantwortung“ Deutschlands sollten nun „humanitäre“ Kriegseinsätze durchgeführt werden.

Ohne die völkisch-nationalistische Politik und die Morde, die von der serbischen Regierung unter Slobodan Milosevic im Wechselspiel mit den terroristischen Aktivitäten der großalbanisch orientierten UCK ins Werk gesetzt wurden, zu verteidigen: Den Plan eines systematischen Völkermordes im Kosovo, der immer als moralische Begründung für den Überfall auf Jugoslawien angeführt wurde, hat es nie gegeben. Nur durch diese Übertreibungen und die Stilisierung des damaligen jugoslawische Staatschefs Milosevic zu einem „neuen Hitler“ war aber die erste deutsche Beteiligung an einem Angriffskrieg nach 1945 politisch durchsetzbar.

Gegen diese Propaganda wandten sich 1999 in einer Erklärung Überlebende der NS-Vernichtungslager. Sie bezeichneten solche Vergleiche als eine „aus Argumentationsnot für ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens.“

Heute ist Deutschland dabei unter der Parole der „Normalisierung“ wieder zu einem gleichberechtigten – auch militärischen – Akteur auf der Weltbühne zu werden. Der Ausbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee und das Streben nach einem ständigen Sitz im Weltrechtsrat gehören in diesen Kontext. Der 8. Mai

1945 mahnt uns diesem neuen deutschen Militarismus und den neu aufgelegten Großmachtambitionen Widerstand entgegen zu setzen. Außer als imperialistische Interventionsarmee oder als Instrument der innerstaatlichen Unterdrückung ist keinerlei Daseinszweck für eine deutsche Armee zu entdecken. Gegen die Phrasen von der besonderen deutschen Friedensliebe und der „historischen Verantwortung“, setzen wir daher unsere klare Forderung: Die vollständige Abschaffung der Bundeswehr!

Entschädigung aller ZwangsarbeiterInnen – statt Spiel auf Zeit

Etwa 14 Millionen Menschen sind während des Zweiten Weltkrieges zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt worden. Tausende von deutschen Unternehmen haben aus der Ausbeutung dieser ZwangsarbeiterInnen Profit geschlagen. Erst Jahrzehnte später, als die meisten Betroffenen längst gestorben waren, wurde die Stiftung zur Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen mit lächerlichen 5 Milliarden Euro ausgestattet, von der die deutschen Konzerne gerade einmal die Hälfte aufbrachten, die sie zudem noch von der Steuer absetzen können. Nur die entgangenen Löhne gerechnet beliefen sich die tatsächlichen Ansprüche gegen die deutsche Wirtschaft auf mehr als 90 Milliarden Euro. Ziel der Stiftungsgründung war es vor allem, möglichst billig Rechtssicherheit für die deutschen Unternehmen zu gewinnen. Doch selbst die bescheidenen Gelder von ca. 370 Euro pro Person sind immer noch nicht komplett ausgezahlt. Das zynische Spiel auf Zeit setzt sich fort.

Wir fordern dagegen die sofortige und bedingungslose Entschädigung aller NS-ZwangsarbeiterInnen – und die Enteignung aller NS-Profitteure.

Spasibo!

Wir unterstützen das Aktionsbündnis Spasibo (russisch für „danke“), das für den heutigen 8. Mai zu einer Demonstration und zur Verhinderung des Naziaufmarsches aufgerufen hat. Im Spasibo-Aufruf heisst es:

„Am 60. Jahrestag der Befreiung danken wir daher insbesondere der Roten Armee, den Partisanen und WiderstandskämpferInnen, deren Einsatz gegen die Nazi-Tyranei oftmals klein geredet und verleumdet wird. (...) Wir rufen alle auf, sich nicht für die Regierungsinszenierung herzugeben und mit uns am 8. Mai zu demonstrieren: für das Andenken an die Opfer des Faschismus, gegen Militarisierung und deutsche Opfermythen. Lasst uns gemeinsam den Neonaziaufmarsch verhindern!“



„Unsere Überzeugung war und ist, dass diese Gesellschaft revolutionär verändert werden muss und dass die hierfür notwendige gesellschaftliche Gegenmacht nicht allein aus spontanen Bewegungen bestehen kann, sondern die Beteiligung revolutionärer Organisationen braucht.“
(aus dem AVANTI-Grundsatzpapier, 16.5.2004)

KIEL: c/o Ini-Zentrum, Schwefelstr. 6, 24118 Kiel, kiel@avanti-projekt.de
HAMBURG: c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg, hamburg@avanti-projekt.de
NORDERSTEDT: c/o SZ, Ulzburger Str. 6, 22850 Norderstedt, norderstedt@avanti-projekt.de
LÜBECK: c/o ALZ, Schwartauer Allee 39/41, 23554 Lübeck, luebeck@avanti-projekt.de
FLENSBURG: Angelburger Str. 51, 24937 Flensburg, flensburg@avanti-projekt.de

www.avanti-projekt.de info@avanti-projekt.de